

eute lachen sie darüber. Wen man auch anruft von den damaligen Mitstreitern: Fragt man sie nach dem Marburger Assistentenstreik vor 50 Jahren, so erntet man mal ein Kichern, mal lautstarkes Gelächter – als begegneten sie nach langer Zeit einem alten Freund, der sie an die Streiche ihrer Jugend erinnert. "Wir haben das alles nicht so ernst genommen", behauptet Günter Giesenfeld.

Der nachmalige Marburger Professor für Medienwissenschaft gehörte zu jenen Assistenten der Philipps-Universität, die im Januar 1970 in einen mehrtägigen Ausstand traten, um sich für mehr Rechte des Mittelbaus einzusetzen. Die Assistentenbewegung erhielt bundesweit Aufmerksamkeit in der Presse; so berichtete die Wochenzeitung "Die Zeit", das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" sogar mehrfach.

"Im Januar 1970 ist das Marburger

Audimax voll mit etwa der Hälfte der Wissenschaftlichen Mitarbeiter und ebenso vielen Unterstützern", erinnert sich ein Zeitzeuge. "Ruhig, zielstrebig, wirkungsvoll." Die Assistenten beschließen, in Streik zu treten. Sie wollen beruflich aufgewertet werden, ihren tatsächlichen Aufgaben entsprechend: "Wer lehrt, ist Hochschullehrer" – so lautet die Maxime. Die zeitgenössischen Quellen verwenden die rein männlichen Bezeichnungen nicht ohne Grund: Frauen kamen damals in der Wissenschaft so gut wie nicht vor. "Es gab keine Frau in diesem Kreis", bestätigt der Germanist Jörg Jochen Berns aus eigener Anschauung.

Als Assistenten verstehen sich damals alle ausgebildeten Wissenschaftler, die keine Professur innehaben: Doktoranden ebenso wie Habilitanden und Akademische Räte. Um die 30.000 solcher Wissenschaftler gibt es damals an deutschen

Hochschulen. Sie stemmen einen großen Teil von Verwaltung und Lehre – allein schon durch "ihre schiere Masse", wie es im "Spiegel" heißt. Was fehlt, ist Wertschätzung. Ein Assistentenfunktionär beklagt 1969 "die unwürdige Abhängigkeit" des Mittelbaus, dessen ständigen "Missbrauch zu nutzloser Hilfs- und Verwaltungsarbeit".

"Die Ordinarienherrlichkeit war unbestritten", erinnert sich der spätere Uni-Vizepräsident Herbert Claas, damals Assistent in der Soziologie. Die Professoren verdonnerten ihre Mitarbeiter zur Betreuung der Studentinnen und Studenten, zur Korrektur der Prüfungsarbeiten und Begutachtung von Dissertationen – zu allen Aufgaben, auf die sie selber keine Lust hatten. Geregelte Dienstzeiten und eine feste Aufgabenzuteilung gab es nicht. Das seien "spätfeudale Verhältnisse" gewesen, urteilt der Politologe Frank Deppe, damals Akade-

Bündnispartner ohne Hausmacht: Der hessische Kultusminister Ludwig von Friedeburg – hier bei einer Schülerdemo in Frankfurt – wollte Reformen an den Unis, drang aber nur schwer durch.



Das Herz warb um Unterstützung für den Streik der Assistenten.

mischer Rat. So hätten die Assistenten einander gerne berichtet, wer wie viel von den Büchern ihrer Professoren geschrieben habe.

Als die Studentinnen und Studenten anfangen, gegen die Ordinarienuniversität aufzubegehren, beginnen auch die Assistenten, für die eigenen Interessen einzutreten. Im Jahr 1968 gründen sie die Bundesassistentenkonferenz, kurz BAK – und zwar in Marburg. Assistenten fordern, "dem Graubereich der Arbeitsverhältnisse durch eine gesetzliche Regelung ein Ende zu bereiten", wie Claas im Rückblick formuliert; Ziel ist eine neue Personalstruktur, die sowohl akademische Karrieren als auch wissenschaftliche Berufsarbeit diesseits der Professur ermöglichen soll.

"Die Forderungen waren nicht neu", merkt Sarah Kramer an. Die Historikerin fertigt derzeit eine Doktorarbeit über Marburger Hochschulproteste jener Zeit an. "Kritik an der Stellung der Assistenten gab es schon seit Anfang der 60er Jahre, zum Beispiel vom Wissenschaftsrat", weiß sie zu berichten.

Die BAK erarbeitet eigene Vorstellungen, die sie mit der Politik diskutiert. Doch die Vorschläge sind zwischen den Parteien umkämpft, der Erfolg lässt auf sich warten. Ende 1969 reißt den Marburger Assistenten der Geduldsfaden, als das hessische Kultusministerium erstmals die Lehrverpflichtung des Mittelbaus festschreibt. "Das hat die Leute enorm verbittert, dass sie der Regierung egal waren", sagt Claas; "die Verantwortlichen haben Hochschulpolitik nicht für alle Personengruppen gemacht, die dort arbeiteten". Noch wichtiger für den Fortgang ist freilich: Die wissenschaftlichen Mitarbeiter in der Medizin sollen keine Überstunden mehr bezahlt bekommen. Die Mittelbauvertreter berufen Vollversammlungen ein,

mobilisieren zum Streik. "Der Kreis der Aktiven war nicht sehr groß", gibt Berns zu, "wir waren 12 bis 20 Leute aus zig verschiedenen Fächern, von Medizin und Chemie bis Philosophie und Politologie." Politisches Engagement war in dieser Zeit für viele etwas Selbstverständliches. Dennoch, die Assistentenschaft sei gespalten gewesen, betont Giesenfeld: "Natürlich wussten wir, dass wir eine kleine Minderheit waren, aber wir haben mehr Krach gemacht, als uns zustand!"

Die Mobilisierung läuft über persönliche Kontakte und Flugblätter, Giesenfeld entwirft einen herzförmigen Aufkleber, der überall um Unterstützung durch die Studenten wirbt. Die Aktivisten verteilen Stimmzettel: Unterstützt du die Forderungen? Bist du bereit, dafür zu streiken? Die Zustimmung ist riesig. Ende Januar treten die Assistenten in einen mehrtägigen Ausstand. "Den Begriff "Streik" darf man nicht so wörtlich nehmen", schränkt Giesenfeld ein. Es handelt sich eher um eine politische Demonstration, die öffentlich Aufmerksamkeit erregen soll.

In dem Bericht, den die Aktivisten nach dem Streik veröffentlichen, ist nachzulesen, welchen Erfolg ihre Bemühungen haben. Trotz der uniweiten Zustimmung zum Streik: Mitgemacht haben dann doch nicht alle. Ein paar Kollegen lassen ihre Lehrveranstaltungen ausfallen, weil das der sichtbarste Teil ihrer Arbeit ist. "Es gab Institute, da mussten die Assistenten ihrem Chef verheimlichen, dass sie streiken", sagt Claas. Manch einer traut sich

gar nicht. Im übrigen merkt man nur wenig von dem Ausstand – zumindest einen Notbetrieb für die Studierenden erhalten die Wissenschaftler aufrecht, etwa Sprachkurse; die übrige Arbeit, zum Beispiel in der Verwaltung, wird neu verteilt. "Da brach der Betrieb nicht zusammen", bestätigt Deppe, der später eine Professur für Politikwissenschaften in Marburg innehatte, "ich hatte nicht den Eindruck, dass die Institute nicht funktioniert haben."

Außer natürlich im Klinikum. Was die Bezahlung der Überstunden in der Medizin angeht, lenkt die Politik ein. Darüber hinaus bieten die Verantwortlichen weitere Gespräche an, um über die gesetzliche Regelung der Personalstruktur zu verhandeln. Die Vertretung des Mittelbaus empfiehlt den Abbruch des Streiks, aber die Mehrheit folgt den Obleuten nicht und entscheidet sich, die Kampfmaßnahmen fortzuführen. "Die Vollversammlung hat den Rat weggefegt", erinnert sich Claas.

"Gesprochen haben meist Geistes- und Sozialwissenschaftler", erklärt er aus dem Abstand von 50 Jahren; "sie haben dem Ministerium erzählt, die Mediziner streikten für eine Änderung der Personalstruktur im Hochschulgesetz." Irgendwann glaubt die Politik das nicht mehr. Der Streik dauert noch ein paar Tage länger, aber nachdem die Medizin durch Bezahlung der Überstunden befriedet ist, wird er abgeblasen. Es gibt noch eine Verhandlungskommission mit der Regierung, aber das Gremium "hat sich in Luft aufgelöst", wie ein Teilnehmer berichtet, die Gespräche hätten nur dazu gedient, die Assistenten hinzuhalten.

Was der Streik letztlich erreicht hat, ist unter den Beteiligten umstritten: "In der Politik wurden die Vorschläge der Assistenten intensiv diskutiert", sagt der eine; "es hat keine grundlegende Änderung gegeben", widerspricht ein anderer: die Ordinarienuniversität bestehe ja nach wie vor. "Es ist schwer einzuschätzen, welchen Einfluss der Streik auf die Gesetzgebung der hessischen Landesregierung hatte", gibt die Universitätshistorikerin Sarah Kramer zu bedenken.

Ja, es gab später Karrieremöglichkeiten für Wissenschaftler ohne Habilitation – die so genannten Hessenprofessuren. Aber für Jörg Jochen Berns steht fest: Die Beteiligten hatten nicht ihr persönliches Fortkommen im Blick. "Mein Eintreten für die Assistentenbelange haben mir persönlich keine Vorteile gebracht", bekennt er, "im Gegenteil: Ich war gebrandmarkt."

>> Johannes Scholten

Die Redaktion dankt Ulrich Heinz für wertvolle Hinweise. Lit.: AM-Autorenkollektiv: Assistentenstreik, Marburg 1970